

Rede von Malu Dreyer auf dem SPD-Bundesparteitag 2015

Liebe Genossen und liebe Genossinnen! Herzlichen Dank, lieber Mike. Ich verspreche schon jetzt, bevor ich loslege: Wir tun alles dafür, und ich bin ganz sicher: Wir schaffen das auch - mit eurer Hilfe.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich möchte euch von einem Flüchtling erzählen, von einem jungen Mann, 20 Jahre alt. Er flieht vor Terror und politischer Verfolgung aus seiner Heimat. Er ist jung; er ist motiviert und politisch engagiert. Er flieht in ein anderes Land, auf der Suche nach Sicherheit, auf der Suche nach Freiheit, auf der Suche nach Demokratie. All das findet er in einem anderen Land. Ihm wird die Möglichkeit gegeben, ein Hochschulstudium zu absolvieren. Nach einigen Jahren nimmt er sogar die neue Staatsangehörigkeit an. Er heiratet. Aber er vergisst seine Heimat nie. Er engagiert sich für die demokratischen Kräfte dort. Er unterstützt aus der Ferne, wo er kann. Jahre später ist der Krieg beendet. Der junge Mann kehrt nach Hause zurück. 24 Jahre später wird er zum Regierungschef gewählt und erhält wenige Jahre später den Friedensnobelpreis.

Was lehrt uns das, liebe Genossen und Genossinnen? Die SPD ist und bleibt die Partei der Menschen, die nach Frieden und Freiheit streben, die Partei der Menschen, für die ein Leben in Sicherheit unverzichtbar ist, die Partei der Menschen, die für Gerechtigkeit kämpfen. Wir sind, liebe Genossinnen und Genossen, und wir bleiben die Partei Willy Brandts.

Die Geschichte Willy Brandts erinnert uns daran, dass wir Deutsche auch schon in Not und auf der Flucht waren. Sie erinnert uns daran, dass viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ihre Heimat verlassen mussten, dass auch wir schon häufig auf die Hilfe, die Unterstützung und die Solidarität anderer angewiesen waren. Die Geschichte erinnert uns daran, dass gerade unsere junge Demokratie nach 1945 unfassbar davon profitiert hat, dass Menschen wie Willy Brandt auf der Flucht Chancen hatten. Er sei in Norwegen politisch in die Lehre gegangen, hat er gesagt. Das Gelernte konnte er nach seiner Rückkehr in seiner Heimat einbringen.

Und die Geschichte erinnert uns auch daran, dass die Länder, die Flüchtlingen Chancen geben, selber davon profitieren. Willy Brandt sagte selber: Ich fühle mich Norwegen mit tausend Banden verbunden, aber ich habe niemals Deutschland, das *andere* Deutschland, aufgegeben.

Liebe Genossen und Genossinnen, das *andere* Deutschland, das sind wir. Lasst uns dieses *andere* Deutschland heute von seiner allerbesten Seite zeigen.

Was wohl hätte Willy Brandt uns geraten, und was heißt sein Erleben, seine Flucht für uns heute im Jahr 2015? Das heißt, dass wir eine Verpflichtung haben, Menschen, die vor Krieg, vor Gewalt und vor politischer Verfolgung fliehen, zu helfen. Das heißt, dass wir sie integrieren und ihnen Chancen geben müssen, weil das zum Wohle unserer gesamten Gesellschaft ist. Das heißt auch, dass jeder eine Chance verdient hat. In jedem Flüchtling steckt vielleicht sogar der, der in einigen Jahren seinem Land die Demokratie bringt.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, die Geschichte von Willy Brandt zeigt doch auch: Nicht alle Flüchtlinge werden auf Dauer bei uns bleiben. Viele werden zurückkehren, wenn in ihren Heimatländern endlich Frieden herrscht und sie Perspektiven haben. Lasst uns auch das nicht vergessen, und lasst uns auch das immer wieder erzählen.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, ich weiß, dass sich viele Menschen bei uns im Land unsicher sind. Sie fragen sich, was all die vielen Flüchtlinge für sie selber bedeuten. Sie fragen sich, ob ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind und wie es eigentlich weitergeht. Diese Sorgen müssen wir selbstverständlich sehr ernst nehmen. Sorgen haben vor allem diejenigen, die es schwerer haben in unserer Gesellschaft, die weniger gut ausgebildet sind, die keine oder schlecht bezahlte Arbeit haben und die jeden Cent in ihrem Portmonee umdrehen müssen. Wenn wir diese Sorgen nicht ernst nehmen, gefährden wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und nur wenn wir zusammenhalten, schaffen wir auch die Integration.

Die Sozialdemokratie steht dafür, dass keiner das Gefühl hat, ausgeschlossen zu sein, und alle die gleichen Chancen bekommen. Wir stehen dafür dass keiner in unserer Gesellschaft verloren geht. Darum geht es heute auch, wenn wir über die Herausforderungen mit Blick auf die Flüchtlinge sprechen.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, gerade deswegen ist es mir so wichtig, dass von uns eine eindeutige, eine optimistische, eine zukunftstaugliche Botschaft ausgeht. Die Antwort der SPD auf Unsicherheit ist mehr soziale Gerechtigkeit. Die Antwort der SPD auf Unsicherheit sind Chancen für alle auf Bildung, auf Arbeit, auf Wohnen.

Und die Antwort der SPD auf Unsicherheit ist: mehr Sicherheit. Nur so sichern wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir spielen die Menschen in Deutschland nicht gegeneinander aus.

Wir spielen nicht Muslime gegen Frauen aus.

Wir spielen auch nicht Arbeitslose gegen Flüchtlinge aus. Wir denken Gesellschaft zusammen, liebe Genossen und liebe Genossinnen.

Ich bringe heute auf unserem Parteitag den Initiativantrag zu Flüchtlingen und Integration ein. An dieser Stelle will ich mich sehr herzlich bedanken bei Sigmar, bei Hannelore, bei Thorsten, bei all jenen, die mitgearbeitet haben. Herzlichen Dank für diesen wichtigen Antrag. Der Antrag zeigt, dass wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die Partei sind, die weiß, wie Integration geht und was dafür auch erforderlich ist. Natürlich, Integration braucht Zeit. Integration braucht Geduld. Integration braucht aber auch Kraft und gemeinsame Anstrengungen. Diese Anstrengungen gelten für die, die neu zu uns kommen, und für die, die bei uns leben und die Angst davor haben, dass ihnen etwas weggenommen wird. Ihnen allen gehört unsere ganze Aufmerksamkeit und diese große Kraftanstrengung, damit wir Integration in unserer Gesellschaft gut gestalten können.

Deshalb brauchen wir auch einen Pakt, einen Pakt für die Zukunft unseres Landes, einen Pakt zwischen Bund und Ländern, einen Pakt, der unser Land erfolgreich macht und in eine gute Zukunft führt.

Vergangene Woche habe ich in Berlin zusammen mit Andrea, Aydan, Barbara und Manuela ein Integrationskonzept vorgestellt. Darin haben wir die Idee eines Zukunftspaktes aufgegriffen, und wir fordern einen Neustart für Deutschland. Wir haben den richtigen Nerv getroffen. Es ist die SPD, die klare Vorstellungen davon hat, wie Integration funktionieren kann. Egal ob mit den zuständigen Ministern und Ministerinnen in der Bundesregierung, ob mit der Parteispitze, ob mit meinen Kollegen Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen. Egal, mit wem ich aus der SPD arbeite und spreche, wir alle wissen ganz genau, dass es eine der großen Stärken der SPD ist, dass wir wissen, wie Integration funktioniert und dass wir mit diesem Wissen gestalten und bei diesem Gestalten auch noch große Freude haben. Liebe Genossen und Genossinnen, lasst uns auch das nicht vergessen, dass Gestalten, dass Integration zu organisieren uns auch allen Kraft gibt und wir Freude daran haben, diese Aufgabe zu meistern.

Ich kann nur ein paar wichtige Punkte des Antrags ansprechen. Logischerweise beginne ich deshalb mit dem Erlernen der Sprache, weil wir alle wissen, wie elementar sie ist. Sie ist ein Schlüssel für den Bildungserfolg. Deshalb ist es auch richtig, dass Aydan und andere schon lange sagen, die Integrationskurse gehören endlich geöffnet. Auch für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive ist es eine Grundvoraussetzung dafür, dass Integration gelingen kann.

Viele, sehr viele der Menschen, die zu uns fliehen, sind noch jung. Es sind Kinder. Es sind Jugendliche. Es sind junge Erwachsene. Sie kommen zu uns. Sie sind die Chance auch für unser Land. Sie sind die Chance für die Zukunft für unsere Gesellschaft.

Lasst mich ein Beispiel aus Rheinland-Pfalz nennen. Seit vielen Jahren arbeiten wir hart daran, dass wir im Bereich von Pflege und Medizin genügend Menschen haben, die Ausbildung machen. Heute macht unser Landeskrankenhaus das Angebot, 30 junge Flüchtlinge in diesen Bereichen auszubilden. Das nennt man heutzutage Win-win-Situation. Die Flüchtlinge sind glücklich, und wir sind es auch, weil wir wissen, sie werden verlässliche Fachkräfte der Zukunft werden. Liebe Genossen und Genossinnen, genau so funktioniert Integration.

Die Bildungspolitik ist einmal mehr der Schlüssel dazu. Integration entscheidet sich maßgeblich in unseren Kitas, in unseren Schulen, in unseren berufsbildenden Schulen und den Hochschulen. In Rheinland-Pfalz wissen wir schon lange: Gute und gebührenfreie Bildung, das heißt eben auch Chancen für alle Kinder, die den gleichen Zugang zu Bildung haben, egal, wo sie wohnen, woher sie kommen, wer ihre Eltern sind. Das gilt für unsere Kinder, die hier leben. Das gilt in gleicher Weise natürlich für die Kinder, die zurzeit als Flüchtlinge zu uns kommen.

Deshalb ist es auch ein Erfolg zwischen Bund und Ländern, Manuela, dass wir das Betreuungsgeld jetzt ausgeben dürfen für mehr Kita-Plätze oder für die Qualität der Kita-Plätze.

Es ist das einzig Richtige - lasst mich auch noch einmal hinzufügen: für alle Kinder in unserer Gesellschaft. Darum geht es, dass wir für alle mehr Kita-Plätze zur Verfügung stellen.

Natürlich müssen wir die Bildung der Flüchtlinge auch ermöglichen. Wir müssen aber auch die Zahl derer verringern, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Wir müssen uns bei der schulischen Bildung um die Kinder kümmern, die zu uns kommen. Aber genauso klar ist, dass wir auch für die Kinder in unserem Land immer noch besser werden wollen.

Deshalb brauchen wir an unseren Schulen auch mehr Schulsozialarbeit. Wir brauchen auch mehr Lehrer und Lehrerinnen, und wir brauchen mehr Sprachförderung.

Wir sind ein Land der Ganztagschulen. Jede zweite Schule in Rheinland-Pfalz ist eine Ganztagschule. Wir haben einfach gemerkt, wie wichtig es ist, zum Lernen, zum Kennenlernen dieses Angebot zu haben. Deshalb, liebe Genossen und liebe

Genossinnen, lasst uns auch hier weiterdenken, dass wir auch an dieser Stelle bundesweit noch ein ganzes Stück weiterkommen.

In einem Zukunftspakt von Bund und Ländern müssen die Bildung und die Ausbildung eine ganz zentrale Rolle spielen. Bund und Länder müssen gemeinsam ihre Kraft für Integration auch in der Bildung einsetzen. Deswegen ist für mich auch klar, dass sich der Bund an der Finanzierung der Schulen und Hochschulen auch in Zukunft stärker beteiligen muss.

Liebe Genossen und Genossinnen, neben der Bildung ist der Zugang zum Arbeitsmarkt der zweite zentrale Punkt für gelungene Integration. In Rheinland-Pfalz haben wir gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, den Kammern, der Bundesagentur eine Chancengarantie auf Ausbildung für die Flüchtlinge beschlossen, die bei uns bleiben dürfen, eine Chancengarantie auf gute Arbeit und Ausbildung. Eine Chancengarantie sollten alle Menschen bei uns im Land haben. Das gilt für Flüchtlinge, auch für all die Menschen, die sich etwas schwerer tun, die zwei, drei Kurven drehen in ihrem Leben und eine zweite und eine dritte Chance brauchen.

Liebe Genossen und Genossinnen, nichts daran, was ich sage, ist einfach. Uns ist doch allen klar, dass wir große Hindernisse überwinden müssen. Aber gerade weil es schwierig ist, müssen wir tatkräftig anpacken. Ehrlich gesagt, so sind wir doch auch als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, wenn wir wissen, wir haben eine große Aufgabe zu stemmen, dass wir dann auch viele Kräfte mobilisieren können und tatkräftig diese Aufgabe auch annehmen können.

Im Antrag fordern wir einen sozialen Arbeitsmarkt. Damit sollen die Organisationen der Flüchtlingshilfe vor Ort in den Kommunen unterstützt werden. Der soziale Arbeitsmarkt wäre für viele Flüchtlinge ganz sicher eine Chance auf einen ersten Einstieg, aber genauso ist es eine Chance für Langzeitarbeitslose. Ich bin froh, dass Andrea längst an der Sache dran ist; denn wir müssen uns kümmern, und zwar jetzt, und wir müssen Wege finden, wie wir die Flüchtlinge sehr schnell auf die Spur bringen, in den Arbeitsmarkt einmünden zu können.

Es geht auch in Zukunft um gute Bezahlung für alle. Es ist heute schon gesagt worden. Dennoch noch einmal: Selbstverständlich kann es nicht sein, wenn wir über Chancen für Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt sprechen, dass wir auch nur annähernd an den Mindestlohn gehen.

Der Mindestlohn ist gerade jetzt ein Garant, dass Zuwanderung eben nicht zu einem Überbietungswettbewerb um Niedriglöhne wird. Der Mindestlohn ist eine Garantie für gute Arbeit für alle, und mit uns kann und wird es keinesfalls eine Ausnahme geben.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, neben Bildung und Arbeit ist Wohnen ebenso wichtig. Wir müssen aus der Geschichte lernen, auch hier. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Gettos oder Parallelgesellschaften bilden. Integration heißt für uns Sozialdemokraten auch immer Nachbarschaft. Doris hat in unserem Land ein Bündnis für bezahlbares Wohnen gegründet und die Mittel dafür deutlich erhöht. Auch hier ist für uns vollkommen klar: Gutes und bezahlbares Wohnen muss allen Menschen ermöglicht werden. Bundesweit brauchen wir ein paar Hunderttausend neue Wohnungen jedes Jahr. Wir müssen über Anreize nachdenken, den Bau bezahlbarer Mietwohnungen attraktiver zu machen. Wir werden aber auch über bessere und neue Formen des Quartiersmanagements nachdenken müssen. Deswegen bin ich auch so froh, dass Barbara sich engagiert in diesem Bereich und wir neue Optionen bekommen, um Nachbarschaft im positivsten Sinne miteinander zu gestalten. Auch das ist nötig, damit Integration wirklich gut gelingen kann.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wir machen den Flüchtlingen ein Angebot auf Gleichheit. Die, die bei uns bleiben, sollen die gleichen Chancen auf Bildung, Ausbildung und Arbeit haben wie alle anderen auch. Das ist richtig, das ist gerecht, und das ist sozialdemokratisch.

Genauso klar ist, dass der, der zu uns kommt, und die, die hier leben, die Werte unserer Gesellschaft anerkennen, genauso, wie es im Grundgesetz festgelegt ist. Genauso wie es der Gleichheitsgrundsatz vorsieht. Ob die Gleichheit von Mann und Frau oder die gleichen Rechte für Schwule und Lesben - das ist das, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Daran müssen sich alle Menschen in Deutschland halten.

Aber, liebe Genossen und liebe Genossinnen, unsere Werte von Gleichheit, Mitmenschlichkeit und Solidarität hat vor allem eine Gruppe in unserem Land nicht ansatzweise verstanden: In unser Land sind Töne und Taten zurückgekehrt, die Angst machen. Wir hören Parolen, die unsere Werte niederbrüllen. Wir sehen im Fernsehen Bilder, die wir niemals wieder sehen wollten. Wir lesen Leitartikel, die mit „Es brennt in Deutschland“ überschrieben sind. Wir konstatieren, dass es an jedem zweiten Tag eine fremdenfeindliche Tat gibt.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, das ist es, worum es zurzeit geht: Es geht um unsere offene Gesellschaft. Es geht um unser Zusammenleben. Es geht um die Normen unserer Verfassung.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wehret allen bösen Anfängen.

Setzt euch ein für unsere Demokratie und unser Zusammenleben, als soziale Demokraten und soziale Demokratinnen! Wir müssen aufstehen, wir müssen Haltung zeigen, wir werden gebraucht.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, heute Nacht hat es in Herxheim, einem kleinen Ort in Rheinland-Pfalz, schon zum zweiten Mal gebrannt. Ich werde gleich von hier aus dahinfahren; deswegen entschuldige ich mich für mein Fehlen am heutigen Nachmittag. Ich glaube, es ist wichtig, dass ich als Ministerpräsidentin dort vor Ort bin und ein Zeichen setze.

Noch etwas ist mir sehr wichtig: Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, liebe Genossen und Genossinnen, dass die einfachen, die scheinbar einleuchtenden, die populistischen und die falschen Antworten der Rechten nicht geglaubt werden. Machen wir uns nichts vor: Die AfD ist nicht mehr eine Partei von gestrigen Professoren, die sich um den Euro sorgen. Diese Partei hat sich im vergangenen Jahr deutlich verändert. Sie ist deutlich nach rechts gerutscht. Sie ist ein „Monster“ geworden, wenn ich Gründungsmitglied Hans-Olaf Henkel zitieren darf.

Ich will nicht, dass die AfD in noch mehr Parlamente in Deutschland einzieht. Dafür müssen wir kämpfen. Hier erwarte ich auch klare Worte von den Unionsparteien, aber vor allem ein klares Auftreten von uns, liebe Genossen und Genossinnen.

Im Antrag machen wir zu Bildung, zu Arbeit, zu Wohnen und vielen anderen Themen Vorschläge, wie wir die Integration anpacken wollen. Wir überlassen nichts dem Zufall. Das sind mutige, ambitionierte Pläne. Aber genau darum geht es auch: ums Anpacken, um Mut-Zeigen - auch Frank-Walter hat davon gesprochen - und auch um Haltung. Liebe Genossen und Genossinnen, wir können die Integration leisten. Wir können sie aber nur dann gut leisten, wenn die Flüchtlinge nicht mehr so schnell und nicht mehr in so großer Zahl zu uns kommen. Wir dürfen uns nicht scheuen, das auch zu sagen. Ich habe von Anfang an betont, dass die Lösung dafür nur in Europa und auf internationaler Ebene liegen kann. Frank-Walter, du hast das in deiner Rede eben auch so deutlich gesagt. Deshalb lohnt es sich auch, diesen Kampf weiterzukämpfen. Genossen und Genossinnen, wenn wir darüber sprechen, dürfen wir ganz klar auch darüber sprechen, dass wir keine Lust haben, über Scheinlösungen zu debattieren, weil wir unsere Kraft brauchen, um in Europa und international Erfolge herbeizuführen.

Wir, Europa und die internationale Gemeinschaft, müssen die Länder, die viele Flüchtlinge aufgenommen haben, und die UN-Hilfsorganisationen endlich besser unterstützen. Im Falle Syriens gilt das vor allem für Jordanien, den Libanon und die Türkei. Und natürlich müssen die Außengrenzen der Europäischen Union gesichert

werden. Deswegen ist es auch folgerichtig, dass wir Aufnahmekontingente für Flüchtlinge fordern. Mit Kontingenten können die Menschen auf sicheren Wegen, ohne Schlepper und ohne lebensgefährliche Reisen, nach Europa kommen - besser planbar und besser steuerbar für uns. Niemand, der sich auf den Weg nach Europa macht, soll sein Leben riskieren. Hier muss Europa endlich zu einer Lösung finden.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, ich selbst wohne in Trier; viele wissen das. Von Trier aus ist es ein Katzensprung nach Luxemburg, nach Belgien und auch nach Frankreich. Als Rheinland-Pfälzerin erlebe ich jeden Tag, welche Chancen und welche Freiheiten Europa jedem Einzelnen von uns bringt. Es macht mich wütend und auch manchmal traurig, zu sehen, wie in Europa gerade mit dem Thema umgegangen wird. Wie bürokratisch, wie egoistisch, wie emotionslos. Wir können nicht laut genug sein, wenn es um Europa, wenn es um die europäischen Werte geht.

Wir alle sehen mit Sorge, was derzeit politisch in unseren Nachbarländern passiert, gerade in Polen und in Frankreich. Aber wir dürfen nicht resignieren, sondern müssen weiter für eine europäische Lösung kämpfen. Es lohnt sich, und deshalb bin ich sehr froh, dass Martin Schulz einfach nicht aufhört, dafür zu kämpfen, genauso Frank-Walter Steinmeier. Vielen, vielen Dank und weiterhin viel Mut und Erfolg dazu! Wir sind Europäer und stehen hinter euch.

Dass eines ganz klar ist, liebe Genossen und Genossinnen: Kontingente bedeuten keine Obergrenzen.

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind das Recht auf Asyl und die individuellen Schutzrechte nicht verhandelbar.

Mit dieser Haltung stehen wir auf dem Boden unseres Grundgesetzes.

Liebe Genossinnen und Genossen, es bleibt dabei: Wenn wir mehr Ordnung in den Asylverfahren wollen, kann es nicht sein, dass immer noch 350.000 Flüchtlinge in Unklarheit leben, wie und wann ihr Asylantrag entschieden wird.

Und 400.000 noch nicht einmal einen Antrag stellen durften. Das sind 750.000 Menschen, die darauf warten, dass ihnen die Unsicherheit ihres Aufenthalts hier genommen wird. Was für ein Wahnsinn! Wir müssen die Verfahren beschleunigen. Wir brauchen kürzere Wartezeiten. Wir brauchen mehr Personal. Und ich erwarte - ich wiederhole das, ich weiß nicht, zum wievielten Mal schon -, dass das BAMF Verabredungen mit dem Personalrat trifft, wie wir zu schnelleren Verfahren auch durch Dienste am Wochenende kommen können. Wir Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen haben das längst geregelt in unseren Ländern, aber natürlich

nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sondern in fairen Verabredungen mit ihnen und der Personalvertretung, wie man so etwas organisieren kann.

Das nützt den Flüchtlingen, es nützt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, und es nützt den Helfern. Es bringt Klarheit, wer bleiben darf, wer gehen muss, was das langsame Verfahren verhindert. Wir verhindern damit ja auch die Integration. Das heißt, auch an diesem Punkt können wir schneller werden.

Was aber ganz sicher nicht die Lösung sein kann, liebe Genossen und Genossinnen, das ist, den Familiennachzug zu begrenzen.

Diesen Vorschlag können nur die machen, denen nicht am Zusammenhalt der Gesellschaft gelegen ist.

Da wird die Begrenzung des Familiennachzugs als eine Frage der Mathematik bezeichnet. Wie kalt ist das eigentlich? Das ist keine Frage der Mathematik, sondern eine Frage der Menschlichkeit und auch der Vernunft.

Eine Frage der Menschlichkeit, weil es unmenschlich ist, die Männer aufzunehmen und ihre Frauen und Kinder im Krieg zu lassen.

Und eine Frage der Vernunft, weil Integration doch gar nicht funktionieren kann, wenn wir nur die Männer hier haben.. Also dient es uns doch beiden.

Die CDU hat im letzten Wahlkampf plakatiert - ich zitiere das mal -: „Jede Familie ist anders. Und uns besonders wichtig.“ Und jetzt soll sie beweisen, dass sie noch zu dieser Aussage steht.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wir wissen auch, dass der hohe Zustrom unserer Ehrenamtlichen an ihre Belastungsgrenze bringt. Aber was wären wir ohne sie? Wir haben es eben gehört. Sie sind wirklich das Rückgrat unserer Gesellschaft. Es ist wirklich aufopferungsvoll, was sie zurzeit bringen. Ich bin froh darüber, dass die vielen ehrenamtlichen Bürger und Bürgerinnen, die sich fast jeden Tag in der Flüchtlingshilfe engagieren, Menschen sind, die einfach anpacken und mithelfen. Sie diskutieren nicht, sondern sie sorgen dafür, dass unsere Gesellschaft ein Gesicht zeigt, das menschlich, tatkräftig und auch klar ist. Deshalb auch von mir ein ganz großes, herzliches Dankeschön.

Schnellere Verfahren, schneller Klarheit, die Reduzierung des Zustroms, gemeinsame Kraftanstrengungen bei der Integration - das ist auch im Interesse unserer Kommunen. Auch unsere Kommunen leisten Unglaubliches. Die Kommunen müssen in der Lage sein, die Aufgaben auch künftig zu stemmen, mit Wohnraum,

Unterstützung der Familien mit Deutschkursen und Schulunterricht. Wir sorgen dafür, dass unsere Kommunen nicht zum finanziellen Garanten der Flüchtlingsfrage werden. Ich bin froh darüber, dass Sigmar weit vor allen anderen erkannt hat, dass die Kommunen hier unsere Unterstützung brauchen. Das soll auch in Zukunft gesichert werden, denn die Kommunen leben tatsächlich die Integration vor Ort, und sie brauchen unsere Unterstützung.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wir stehen vor großen, vor sehr großen Herausforderungen. Aber gerade deshalb machen wir doch Politik. Wir stehen nicht in der Ecke der Geschichte herum und lassen andere die Arbeit machen. Nein, wir packen an. Wir kämpfen seit Generationen dafür, dass unser Land gerechter und solidarischer wird. Lasst uns weiterkämpfen, und vor allem: Lasst uns gestalten, mit aller Kraft und mit Zuversicht, mit all unserem Wissen und unserer Kompetenz, die sich auch in diesem Leitantrag widerspiegelt.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, in drei Monaten wird gewählt, bei mir im Land, in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt. Ich wünsche allen Wahlkämpfern, den Helfern und den Kandidaten viel Kraft für diese nächsten anstrengen Wochen. Ich danke allen, die uns unterstützen, die ihre Zeit, die ihre Überzeugung, die ihre Kraft in uns stecken. Ich versichere euch: Es lohnt sich!

Genossen und Genossinnen, ich habe mit Willy Brandt angefangen. Lasst mich also auch mit ihm aufhören: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Ich finde, es gibt eigentlich fast gar keinen besseren Satz, obwohl es so viele gute Sätze von Willy Brandt gibt. Wir machen Politik, weil wir die Gesellschaft gestalten wollen, und zwar mit all unserer Kraft, mit unseren Ideen und auch mit unseren Zukunftsvisionen. Unsere Stärke in der SPD ist, dass wir Integration können, dass wir Gesellschaft als Gemeinschaft denken, dass wir den Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellen.

Deshalb, liebe Genossen und liebe Genossinnen, wünsche ich uns, dass wir das genauso tun, auch in den nächsten Monaten, und dass ihr diesem schönen Antrag zustimmt, der die Grundlage für viele wichtige Maßnahmen ist, die wir in den nächsten Monaten gemeinsam gestalten. - Herzlichen Dank.